

- sonstiges Sondergebiet, Zweckbestimmung: Klinik
- 2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und § 16-19 BauNVO)
- maximal überbaubare Grundfläche (GR)
- maximal zulässige Trauf- und Firsthöhe der baulichen Anlagen in m (tatsächliche FH 218 Höhe über NHN)
- Anzahl der maximalen Vollgeschosse
- 3. überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB; §23 BauNVO)
 - nicht überbaubare Grundstücksflächen im SO Klinik
- 4. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)
- ▼▲ Ein- und Ausfahrt
- Umgrenzung von Flächen für Stellplätze
- Stellplätze (in wasserdurchlässiger Ausführung)
- 5. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaf t (§ 9 Abs. 1 Nr. 20, Nr. 25 BauGB)
- Ersatzpflanzung von 54 Laubbäumen
- Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)
- Geltungsbereich des Bebauungsplanes
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen oder Abgrenzung des
- Umgrenzungen der Flächen für Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen
- Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB) (Lärmschutzwand Höhe 1,60 m)

Art der baulichen Nutzung	max. zulässige Vollgeschosse	Erläuterung der Nutzungsschablone
max. überbaubare Grundfläche (GR)	Bauweise	

Planzeichen gem. § 1 Abs. 2 PlanzV 90 und sonstige Planzeichen ohne Normcharakter

- Tur 2 Flurnummer

- Bestand baulicher Anlagen, der entfernt werden
- Höhenlinien (Höhen nach DHHN)

III. nachrichtliche Übernahmen

- Kulturdenkmal
- Straßen und Wege

Planteil B

- I Planungsrechtliche Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 BauGB

textliche Festsetzungen zum Bebauungsplan Nr. 6/14 "Psychiatrische Klinik Ortenberg",

- 1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 10 und § 11 BauNVO) 1.1 sonstiges Sondergebiet, Zweckbestimmung Klinik 1-7
- Gemäß § 11 BauNVO sind sonstige Sondergebiete, Zweckbestimmung Klinik festgesetzt. Im SO Klinik 1-7 zulässig sind
 - bauliche Anlagen und Einrichtungen für
- Untersuchung und Behandlung,
- medizinische Dienst- und Hilfsleistungen,

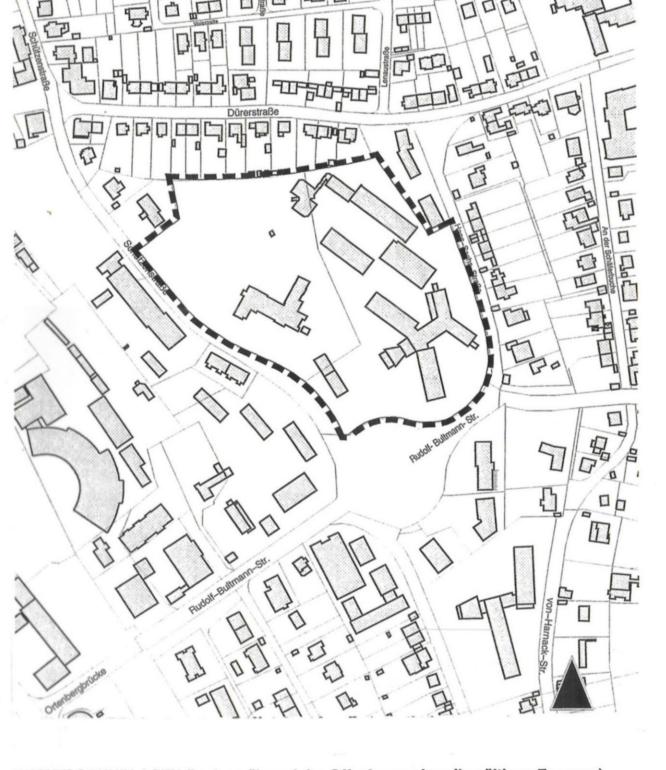
- medizinische Heil- und Hilfsmittel.
- Verwaltung,

- soziale Dienste, - Ver- und Entsorgung,
- Küche und Speiseversorgung, Forschung und Lehre sowie Facharztzentrum

- Energiezentrale.

Höhen über NHN.

- 1.2 Im SO Klinik 1-7 sind außerdem Nebennutzungen zulässig, die in einer Beziehung zum Krankenhaus stehen oder deren Inanspruchnahme üblicherweise mit einem Klinikbesuch verbunden werden kann, wie zum Beispiel: Cafeteria, Kiosk, Friseur, Blumenladen,
- orthopädischer Bedarf, Wohnungen für Aufsichtspersonal sowie Räumlichkeiten für Gebet und Andacht. Die Nebennutzungen müssen sich bezüglich Grundfläche und Baumasse den in Punkt 1.1 genannten Hauptnutzungen unterordnen.
- 1.3 Im SO Klinik 1-7 darf die maximale Höhe der Gebäude durch Treppenhäuser und technische Anlagen wie z.B. Antennenanlagen, Schornsteine, Lüftungsaggregate, Fahrstuhlaufbauten sowie Technikzentralen überschritten werden.
- Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 16-20 BauNVO)
 maximal überbaubare Grundfläche (§§ 16, 17 und 19 BauNVO)
- Die maximal überbaubaren Grundflächen (GR) im SO Klinik 1-7 sind gemäß Planeinschrieb festgesetzt. Eine Überschreitung der Baugrenze ist durch untergeordnete Bauteile wie z. B. Vordächer, Nottreppen, Rampen oder sonstige für den Brandschutz erforderliche Bauteile gemäß § 23 Abs. 3 Satz 3 BauNVO ausnahmsweise zulässig.
- 2.2 Geschossigkeit (§ 16 und § 20 Abs. 1 BauNVO) Die Zahl der Vollgeschosse ist entsprechend Planeinschrieb als Höchstgrenze festgesetzt.
- 2.3 Höhe der baulichen Anlagen (§ 16 und § 18 BauNVO) Die maximal zulässigen Höhen (Traufhöhe und Firsthöhe) der baulichen Anlagen im SO Klinik 1-7 sind gemäß Planeinschrieb festgesetzt. Die angegebenen Höhen sind die tatsächlichen
- 3. Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksfläche
- (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 und § 23 BauNVO) 3.1 Als Bauweise wird eine abweichende Bauweise festgesetzt. Gebäudelängen von über 50 m sind
- 3.2 Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 23 BauNVO)
- Die überbaubare Grundstücksfläche ist durch eine Baugrenze festgesetzt. 3.3 nicht überbaubare Grundstücksflächen
- Die nicht überbaubare Grundstücksfläche ist gemäß Planeinschrieb festgesetzt. Innerhalb der nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind Erschließungsanlagen zulässig.
- 4. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB) Zufahrten sind gemäß Planzeichnung als Ein- und Ausfahrsbereiche festgesetzt.
- 5. Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)
- Innerhalb der Grünflächen sind Zaunanlagen, Ein-/und Ausfahrten, Wege und Leitungstrassen
- 6. Einsatz erneuerbarer Energien (§ 9 Abs. 1 Nr. 23b BauGB) Auf 30 % der Dachflächen sind bei Neubauten bauliche und sonstige technische Maßnahmen zur aktiven Nutzung solarer Strahlungsenergie vorzusehen.
- Planungen, Nutzungsreglungen, Maßnahmen und Flächen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft
- (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und 25 und Abs. 1a BauGB)
- 7.1 Die erforderlichen Maßnahmen ergeben sich aus der Begründung zum Bebauungsplan.
- 7.2 M 1: Erhalt bestehender Gehölze
- Auf den in der Planzeichnung gekennzeichneten Flächen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sind sämtliche Gehölze mit einem Stammumfang von mehr als 20 cm zu erhalten, soweit die Verkehrssicherungspflicht diesem Erhaltungsgebot nicht
- M 2: Ersatzpflanzung von 54 Laubbäumen
- In den nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind 54 Laubbäume der Pflanzqualität Hochstamm, StU 20-25 cm als Ersatzpflanzung für gefällte Gehölze anzupflanzen und dauerhaft zu unterhalten. Für die Gehölzpflanzungen sind standortgerechte, einheimische Gehölze zu verwenden. Die Mindestanzahl ist bindend, die eingezeichneten Pflanzstandorte sind variabel.
- 7.4 M 3: Ergänzung einer Bestandshecke
- Im Bereich, der mit M3 gekennzeichneten Standorte ist eine Hecke mit einheimischen standortgerechten Sträuchern zur Eingrünung der Freiflächen mit Sichtschutzfunktion anzupflanzen und dauerhaft zu erhalten. Qualität der Sträucher: verpflanzt, ohne Ballen, Höhe 100-150 cm. 7.5 M 4: Begrünung der Stellflächen
- Im Bereich der geplanten Flächen für Stellplätze sind für je vier versiegelte Stellplätze mindestens ein einheimischer, standortgerechter Laubbaum in der Pflanzqualität Hochstamm, StU 20-25 cm zu pflanzen.
- 3. Maßnahmen und Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzge (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
- 8.1 Die erforderlichen Maßnahmen ergeben sich aus dem Immissionsgutachten Nr. 2724 vom 13.06.2014, erstellt vom Schalltechnischen Büro Pfeifer (Anlage 1 zur Begründung des Bebauungsplanes). Die Maßnahmen sind im Bauantragsgenehmigungsverfahren auszuführen. 8.2 Für die Bettenräume der Klinik müssen die Außenbauteile (Außenwände, Dachflächen, Fenster,
- Rolladenkästen usw.) die Anforderungen an die Luftschalldämmung nach DIN 4109 (Schallschutz im Hochbau - Anforderungen und Nachweise, Ausgabe 11.1989), Tabellen 8 und 9, erfüllen. Die Luftschalldämmung muss einen Mindestwert des erforderlichen bewerteten resultierenden Schalldämmaßes von erf. R'w,res = 35 dB aufweisen.
- 8.3 Im Bereich der festgesetzten Flächen für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen (Parkplatz im Südwesten) ist eine Schallschutzwand von mindestens 1,60 m Höhe zu errichten.



RECHTSGRUNDLAGEN (in der während der Offenlegung jeweils gültigen Fassung) Baugesetzbuch (BauGB) Garagenverordnung (GaVO)

- Baunutzungsverordnung (BauNVO) Planzeichenverordnung (PlanzVO)
 - Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) Hessisches Naturschutzgesetz (HENatG)
- Hessische Bauordnung (HBO) Hessisches Wassergesetz (HWG)

Stellplatzsatzung der Stadt Marburg

BEBAUUNGSPLAN NR. 6 / 14 DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG FÜR DAS GEBIET: PSYCHIATRISCHE KLINIK ORTENBERG

AUFSTELLUNGSBESCHLUSSVERMERK

Die Aufstellung des Bebauungsplanes gemäß § 2 BauGB wurde durch die Stadtverordnetenversammlung am 20.12.2013 beschlossen. Der Bebauungsplan wird gemäß § 13a BauGB in Verbindung mit §13 BauGB im beschleunigten Verfahren

ANHÖRUNGSVERMERK Die Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß §13a Abs.3-BauGB hat in der Zeit vom 24.02.2014

bis 07.03.2014 stattgefunden. **OFFENLEGUNGSVERMERK**

06.10.2014 stattgefunden. Die Bekanntmachung der Planauslegung war gemäß Hauptsatzung

Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs.2 BauGB hat in der

SATZUNGSBESCHLUSSVERMERK Der Bebauungsplan ist als Satzung gemäß § 10 BauGB von der Stadtverordnetenversammlung

am 21.08.2014 vollendet.

am 20.11.2015 beschlossen worden.

AUSFERTIGUNG DES BEBAUUNGSPLANES

VERMERK ÜBER DIE AMTLICHE BEKANNTMACHUNG / INKRAFTTRETEN Der Beschluss des Bebauungsplanes wurde am 12.12.2015 öffentlich bekannt gegeben. Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.



